



Anstehen für ein neues Leben: Flüchtlinge vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales

Das Gerechtigkeitsdilemma

Die Debatte um die Flüchtlinge wirft auch in Deutschland die Frage neu auf, was gerecht ist. Betrachtungen über eine Gesellschaft im Ausnahmezustand VON CHRISTIAN SCHÜLE

Die sogenannte Flüchtlingskrise rüttelt am Traditionsbestand des nachkriegsdeutschen Selbstverständnisses. Rechtsbegriff, Ordnungssinn, Verwaltungskompetenz, Identitätskonstruktion, Geschichtsbewusstsein, Nationalgefühl, Sittlichkeit, Leistungsethik und Humanitätsbereitschaft: In Erz gegessene Normen stehen auf dem Prüfstand. Der Konsens der Demokraten scheint zerbrechlich. Jenseits von Fremdenfeindlichkeit und der Renaissance überwunden geglaubter Nationalstolze geht es um etwas anderes – um rational nicht zu bewältigende Ängste vor Kontroll- und Besitzverlust. Reduziert man das Reiz-Reaktions-Schema der vergangenen Monate auf seine Kernaussage, verweisen die Verlustängste auf das Gerechtigkeitsdilemma. Widersprüchliche Gerechtigkeitsbegriffe konkurrieren um Geltung. Oft führt die Behebung einer Ungerechtigkeit zu einer neuen. Wer aber entscheidet, wann welche Gerechtigkeit berechtigt ist?

Dieser Tage stehen sich zwei Gerechtigkeitsregime schwer verlässlich gegenüber: das absolute und das relative. Die Anrufung absoluter historischer Gerechtigkeit fordert, nach der kolonialistischen Fremdbeherrschung und Ausbeutung der außereuropäischen Welt im 19. Jahrhundert die Nachfahren der Opferländer jetzt an Wohlstand und Sicherheit der einstigen Ausbeuternationen zu beteiligen. Wir schaffen das nicht nur, wir sind sogar dazu verpflichtet, es zu schaffen.

Die Aufnahme verfolgter, fliehender, an Leib und Leben bedrohter Menschen

fällt unter den Imperativ überindividueller, überirdischer, bedingungsloser Gerechtigkeit, wie sie auch die jüdisch-christliche Religion auslegt: als Schutzgemeinschaft derer in Not, die unter besonderer Aufsicht Gottes stehen. Daraus lässt sich grundlegender Schutz Verfolgter, Gefolterter und mit dem Tode Bedrohter ableiten, als moralische Selbstverpflichtung christlich fundierter Gesellschaften. Im Verständnis dieser Ethik haben auch die beiden deutschen Kirchen 2014 in ihrer Ökumenischen Sozialinitiative die Frage des Barmherzigen Samariters: »Wer ist denn mein Nächster?« mit prinzipieller Liebe zum Menschen übersetzt: »Wer mein Nächster ist, hängt nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Kultur oder von der Herkunft aus einem bestimmten Kontinent ab... Gott ist Mensch geworden und hat sein Ebenbild, den Menschen, jedem Menschen zur Sorge und Verantwortung anvertraut.«

Diese global-historische Lesart widerspricht der Vorstellung lokal-spezifischer Gegenwartsgerechtigkeit und ihrer Leitfrage: Wer nimmt wem, wann und durch wen wie viel profitiert? Für eine Gerechtigkeitsbestimmung, die über die garantierte Gleichheit aller deutschen Bürger vor dem Recht hinausgeht. Das Empfinden ist belastet, wenn das Verhältnis von Geben und Nehmen gestört zu sein scheint. Und im Falle geflüchteter Asylsuchender ist dieses Verhältnis zwangsläufig gestört: Wie sollte ein Syrer, eine Irakerin, wie sollten Afghanen oder Nigerianer sich je durch jahrelange Einzuhaltung auf das Konto des Gesellschaftsvertrags den Anspruch verdient haben, der ihnen nun aus humanitären und gesetzlichen Gründen gewährt wird?

Lesen wir die hohe Ablehnung der Merkelschen Flüchtlingspolitik von zeitweise über 80 Prozent der Deutschen einmal aus der Perspektive des »kleinen Mannes«: Wahllos und unkontrolliert werden Millionen kulturell fremder Menschen in sein Land gelassen, darunter womöglich künftige Terroristen oder Wirtschaftsmigranten, die von dem profitieren wollen, was Deutschland täglich unter großer Anstrengung aufbaut.

Regierungsmitglieder reden von Rechtsbruch, Oppositionspolitiker von Staatsversagen. Deutschland zahlt an Griechenland in der Euro-Krise, an die Türkei in der Flüchtlingskrise. Hierzulande aber: Kinderarmut, Rentnerarmut, ständig steigende Mieten und Preise; die Kommunen sind pleite, Schwimmbäder schließen, um jeden Cent Hartz IV muss gerungen werden. Die Zahl der arbeitslosen Flüchtlinge im Land steigt, die Quote ungebildeter und schlecht ausgebildeter Migranten ist hoch. Dass der »kleine Mann« seit Jahren sinkenden Wohlstand und prekäre Arbeitsverhältnisse hinzunehmen hat, dass er in der ständigen Angst vor Luxussanierung und Entlassungswellen lebt, lässt ein Gefühl der akuten Benachteiligung gegenüber jenen entstehen, die ohne Gegenleistung Sach- oder Geldmittel erhalten.

Der Schutzsuchende erhält einen Vorschuss an Rechts- und vor allem Sozialstaatlichkeit, der allein durch seine von anderen verursachte Schutzlosigkeit gerechtfertigt ist. Aus Sicht des »kleinen Mannes« kann dies auch bedeuten: Es kommen kulturell fremde Menschen mit anderem Werte- und Sozialverständnis in »sein« an deren Not schuldloses Land und delegieren die Verantwortung für ihr weiteres Schicksal an den Gastgeber. Der habe sich jetzt zu mühen, ihre Eingliederung mit dem Steuergeld des »kleinen Mannes« zu finanzieren.

Das Gerechtigkeitsdilemma lautet übersetzt: Die Ausländer kommen zuerst, und für uns Deutsche tut Deutschland mal wieder nichts. Das vom SPD-Chef Sigmar Gabriel just vor den Landtagswahlen im März ins Gespräch gebrachte »neue Solidarprojekt« mit Zuschüssen für Kitas, sozialen Wohnungsbau und Renaturierung zielt genau auf diesen Handel mit diffusen Ungerechtigkeitsgefühlen, um aus einer weitverbreiteten Befindlichkeit Kapital zu schlagen. Nachweislich ist das kolportierte Narrativ von der wachsenden Ungerechtigkeit empirisch falsch. Bekanntlich steigen die Löh-

ne seit Längerem, die Renten jetzt auch, die Kommunen weisen Überschüsse aus. Die Zahl der Beschäftigungslosen ist auf unter drei Millionen gesunken, die Arbeitslosenquote halb so hoch wie vor zehn Jahren, die Staatsverschuldung viel geringer als die des Euro-Raums. Die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge geht zurück, die Qualität der Jobs hat sich verbessert, die Zahl der Leiharbeiter, Zeitarbeiter und Minijobber schrumpft.

Die Einsicht in die Rechtmäßigkeit des Rechts auf Rechte, das der Flüchtling mit Betreten deutschen Bodens per Gesetz erwirbt, kann der sozial unterprivilegierte emotional nicht teilen. Würde er gefragt? Würde er beteiligt? Durfte er abstimmen? Aus der gefühlten Wahrnehmung gefühlter Ungerechtigkeit wird ein real existierendes Ungerechtigkeitsgefühl. Dieses Gefühl ist kognitiv nicht zu bewältigen. Es radikalisiert sich noch, wenn auf den Vorschuss eine Negativrendite folgt: wenn also jene Werteordnung, die Schutz und Integration ermöglicht, nicht nur in Anspruch genommen, sondern gezielt verletzt wird – durch sexuelle Übergriffe, Diebstähle, Pöbeleien, Wohnungseinbrüche. Also steigende Kriminalitätsraten, die das Gefühl beschädigter Gerechtigkeit ein weiteres Mal beglaubigen; dass der Gast sich am Gastrecht und dem Wertekanon des Gastlandes verstößt und dass der Staat zwar für Schutz und Sicherheit jener »Sünder« Sorge, aber nicht für Schutz und Sicherheit der eigenen Bevölkerung.

Zwischen Tat und Täter, Asylant und Flüchtling wird dann nicht mehr unterschieden. Der »kleine Mann« fühlt sich von »dem Ausländer« betrogen. Stereotypie bedingt Sippenhaft. Das Resultat ist ein aggressives Pauschalurteil. Dass es dabei nicht um rechtsradikale Motivationen, sondern um die Sorge vor Benachteiligung geht, bezeugen die Wählerwanderungen von Linkspartei und SPD zur AfD.

Bei dem Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik haben wir es also weder mit absoluter noch mit globaler Gerechtigkeit zu tun, sondern mit relativer lokaler. Es geht um Werte- und Interessenkonflikte in einer Zeit, da sich immer mehr Menschen einem angeblich von Geld und Ökonomie beherrschten System ausgeliefert fühlen. Das Urvertrauen des Einzelnen ist geschwunden, der Geborgenheitsraum verletzt. Das In-

dividuum ist narzisstisch gekränkt, in keiner Hinsicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein: verunsichert durch Kriege, Grenzverluste und terroristische Anschläge; bedroht durch Geheimdienste, die ein System der Überwachung geschaffen haben. Und es ist überzeugt, dass politische Entscheidungen ausgelagert werden in eine von Konzernen, Unternehmen, Investoren und Großlobbyisten dominierte Sphäre. Es ist zudem geschwächt durch Stress, Erschöpfung, Überforderung und Frustration in einer Welt, die unübersichtlicher und unberechenbarer wird. Jetzt gedeihen Hass und womöglich Neid, da das hehre Freiheitsversprechen der liberalen Demokratie, jedermann habe alle Chancen zu Aufstieg und Wohlstand, nicht mehr eingelöst wird, da mehr und mehr Bürger erfahren, dass »das System« nicht halten kann, was es ihnen verspricht. Halt bieten dann nur noch die letzten unverhandelbaren Bezugsgrößen: Begriffe wie Ehre, Würde und Nation. Denn sie sind metaphysisch und als Einziges nicht disponibel – niemand kann einem die Tatsache der Geburt auf dem Grund der eigenen Nation nehmen. Bei der instinktiven Abwehr der nicht auf Heimatboden Geborenen sprechen die Sozialpsychologen vom »Revierreflex« – einer augenscheinlich angeborenen Ablehnung alles Fremden –, der zur Stabilisierung der eigenen Identität ein Regime der Abgrenzung etabliert. Der Ruf nach Gerechtigkeit ist also ein Ruf nach Geborgenheit, der Ruf nach Geborgenheit einer nach Übersichtlichkeit.

Das ist der Nährboden für Populismus. Er speist sich aus dem Gefühl gekränkter Gerechtigkeit jener, die sich nutzlos, austauschbar, unbrauchbar und jetzt auch noch fremdbestimmt wähen. Organisierter Rechts- wie Linkspopulismus ist die Antwort auf Abstiegs- und Verlustängste. Beide Populismen versprechen Homogenität im Freund-Feind-Modus: Der Linkspopulist etabliert den ewigen Klassenkampf zwischen wahren Volk und ausbeuterischem Verbund aus Konzernkapital und Politik, der Rechtspopulist prophezeit das kommende Heil des »echten« Volkes durch Ausgrenzung des Fremden und Reinheit des Eigenen.

Geschickt arbeiten populistische Politiker an einer Wir-Geborgenheit gegen Ich-Vereinzelung und heben die Entfremdung zwischen oben und unten auf. Durch den Appell an ein sozialromantisches »uns« bieten sie eine wärmende Ge-

meinschaft Gleichgesinnter an. In dieser cleveren Kohärenz-Arbeit besteht auch der Erfolg der AfD. Deren Vertreter vermitteln den Bürgern das Gefühl, dass sie gehört, gefragt, gebraucht werden, dass sie in Einklang stehen mit der eigentlichen Welt, wie die AfD sie wiederherzustellen vorgibt. Mit der Programmparole »Mut zur Wahrheit« etabliert sie sich als Vertreterin einer substanzialistischen Demokratie: aus dem Volk, für das Volk, im Sinne des Volkes, also als Alleinvertreterin der Herrschaft des Volkes im ursprünglich-antiken Sinne von Demokratie. AfD-Sympathisanten fühlen sich so als die besseren, die besten, die echten Demokraten.

Tatsächlich ist die Republik aus den Fugen und das gesellschaftliche Selbstgespräch im Betriebsmodus der Hyperventilation. Wie ließe sich nun das Gerechtigkeitsdilemma lösen? Eine Dialektik der Gerechtigkeit müsste die paradoxalen Gerechtigkeitsansprüche nachvollziehbar austarieren. Integration erhebt immer einen doppelten Anspruch: dass sich der Zugezogene in die soziale, politische und moralische Gemeinschaft integrieren will und dass diese Gemeinschaft den Zugezogenen integrieren will. Wer nach Deutschland kommt, hat das Recht auf Teilhabe und die Pflicht zur Teilnahme.

Was der zurzeit beinahe orientierungslosen Bundesrepublik fehlt, ist die auf Vertrauen, Loyalität ausgerichtete politische Kommunikation und der Aufbruch in die mühevollen, konstruktiven, auf lange Frist angelegte Arbeit am Ideal des aktiven Staatsbürgers, um Armut bereits vor dem Ausbruch zu bekämpfen. Armutsprävention bedeutet – ganz im Sinne des Human Development Index der Vereinten Nationen – vor allem, das Niveau nicht monetärer Wohlstandsindikatoren wie Teilhabe-Chancen, Schul- und Ausbildungsdauer, Kultur- und Sportangebote, Lebenserwartung und Selbstachtung zu erhöhen. Verantwortung für das Soziale besteht in der Erziehung des Nachwuchses zu sozialer Verantwortung für das, was alle angeht, die Res Publica, die Republik vor dem Recht gleichberechtigter Bürger. Egal, ob die Kinder deutsch sind, syrisch, türkisch oder nigerianisch. Was utopisch klingt, ist machbar. Im Sinne der christlichen Sozialethik wäre es der moralische Imperativ für ein gerechtes Übermorgen.



Anstehen für Lebensmittel: Obdachlose im Hof des Franziskanerklosters im Berliner Stadtteil Pankow

